

Hellwig-Bötte, Margit

Research Report

Wilderei in Afrika - ein globales Verbrechen: Erfolgreiche Bekämpfung erfordert die Einbeziehung lokaler Bevölkerungsgruppen

SWP-Aktuell, No. 5/2014

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs,
Berlin

Suggested Citation: Hellwig-Bötte, Margit (2014) : Wilderei in Afrika - ein globales Verbrechen:
Erfolgreiche Bekämpfung erfordert die Einbeziehung lokaler Bevölkerungsgruppen, SWP-Aktuell,
No. 5/2014, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255175>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wilderei in Afrika – ein globales Verbrechen

Erfolgreiche Bekämpfung erfordert die Einbeziehung lokaler Bevölkerungen

Margit Hellwig-Bötte

Mit einer Serie hochrangiger Treffen hat die internationale Gemeinschaft 2013 die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das dramatische Schrumpfen der Elefanten- und Nashornbestände in Afrika gelenkt, darüber hinaus auf die Verbindung von Wilderei, Terrornetzwerken und organisierter Kriminalität. Am 12. Februar 2014 beschäftigt sich in London eine internationale Konferenz erneut mit der Frage, wie Wilderei und illegaler Wildtierhandel bekämpft werden können.

Erfolgreiche Wildereibekämpfung ist eine globale Querschnittsaufgabe, die Artenschutz, Bekämpfung organisierter Kriminalität, Rechtsstaatsförderung und wirtschaftliche Zusammenarbeit umfasst. Dabei gilt es Korruption konsequent einzudämmen und lokale Bevölkerungen entlang der gesamten Handelskette einzubeziehen. Gegenmaßnahmen wirken nur, wenn die Menschen in Afrika über wirtschaftlich tragfähige Lebensgrundlagen verfügen und vom Schutz der Tiere profitieren. Asien verlangt der Verzicht auf Statussymbole aus Elfenbein und die Abkehr vom unsinnigen Glauben an den medizinischen Wert von Nashornprodukten einen Mentalitätswandel ab.

Der Elefantenbestand im Selous-Ökosystem in Tansania schrumpfte von rund 109 000 Tieren im Jahr 1976 auf heute 13 084 – so das Ergebnis des jüngsten Elefantenzensus vom Oktober 2013. Besonders dramatisch war der Rückgang in den letzten vier Jahren: 67 Prozent aller Tiere wurden von Wilderern getötet. Ohne effiziente Gegenmaßnahmen könnte Tansania in absehbarer Zeit seinen gesamten Elefantenbestand einbüßen. Die Zahlen sind insofern besonders alarmierend, als es zwischenzeitlich gelungen war, die Population von 22 200 Elefan-

ten im Jahr 1991 bis 2006 wieder auf über 70 000 anwachsen zu lassen.

Nicht nur Elefanten sind von exzessiver Wilderei bedroht. 2013 wird als trauriges Rekordjahr in die südafrikanische Geschichte eingehen, denn Wilderer töteten mehr als 1000 Nashörner – das ist ein Anstieg von über 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr – und verkauften deren Horn zu horrenden Preisen nach Asien. Angesichts dieser Dimension gerät Südafrika, das Land mit dem größten Nashornbestand der Welt, bei der Wildereibekämpfung an die Grenze

seiner Möglichkeiten. Dabei sind seine Wildhüter paramilitärisch ausgerüstet, außerdem gelang 2013 die Verhaftung von mehr als 300 mutmaßlichen Wilderern.

Eine erste Welle der Wilderei in Afrika wurde in den 1970er und 1980er Jahren ausgelöst, als die Nachfrage nach Elfenbein in der Folge des Wirtschaftsaufschwungs in Japan stark anstieg. Im Zuge der Entscheidung der Mitgliedstaaten des Artenschutzübereinkommens CITES (Convention on International Trade in Endangered Species), den afrikanischen Elefanten 1989 auf die Liste der bedrohten Tierarten zu setzen, erholten sich die Großwildbestände vorübergehend – wenn auch auf niedrigem Niveau. Seit einigen Jahren zieht die Nachfrage jedoch wieder an, einheimische Wilderer verbünden sich zusehends mit kriminellen Netzwerken und terroristischen Organisationen. Wilderei gehört wie Drogen-, Waffen- und Menschenhandel mittlerweile zum festen Repertoire internationaler organisierter Kriminalität.

Wilderei finanziert Rebellen und Terroristen

Wilderei ist nicht neu in jenen Ländern Afrikas, in denen frei wandernde Wildtierherden existieren. Es gab schon immer lokale Jäger, die illegal Elefanten jagten, um deren Fleisch oder Elfenbein zu erbeuten. Der klassische Wilderer ist ein Mann aus dem Dorf, der den Wildbestand seiner Gegend gut kennt. Seit geraumer Zeit lassen Bevölkerungsdruck und Klimawandel den Lebensraum für Mensch und Tier schrumpfen. In der Folge nehmen die Konflikte zwischen beiden zu. Die wertvollen Ressourcen Wasser und Land müssen geteilt werden. Der Überlebenskampf wird härter. Aus Pastoralisten werden Bauern, die Wildtiere als Bedrohung und nicht länger als Teil ihres Lebensraums betrachten. Der Wert eines (Wild-) Tierlebens sinkt, dessen Erhaltung erscheint den Dorfbewohnern ökonomisch unattraktiv.

Zeitgleich stieg aufgrund des neuen wachsenden Wohlstands in China, dem

neben Thailand wichtigsten traditionellen Abnehmerland, die Nachfrage nach Elfenbein wieder an. Mit Gelegenheitswilderei konnte sie nicht mehr gedeckt werden. Der 2008 von den CITES-Staaten genehmigte einmalige Verkauf von Elfenbeinbeständen aus Botsuana, Namibia, Südafrika und Simbabwe kurbelte die Nachfrage zusätzlich an. Elfenbeinverarbeitende Betriebe in China, die in den 1990er Jahren schließen mussten, nahmen die Produktion wieder auf. Astronomische Preise schufen einen zusätzlichen Anreiz für Auftragswilderei, die in großem Stil nur von logistisch versierten kriminellen Netzwerken betrieben werden kann. Diese agieren in den rechtsfreien Räumen fragiler Staaten, die von Rebellen oder Terrorgruppen dominiert werden, und nutzen Transitländer mit ausgeprägter Korruption und schwacher Rechtsstaatlichkeit.

Anfang 2012 tötete eine professionelle sudanesishe Miliz mehr als 200 Elefanten mit Kalaschnikows im Bouba-Ndjida-Nationalpark im nördlichen Kamerun. Wildhüter hielten Angehörige der Dschandschawid-Miliz für die Täter. Seit den 1980er Jahren überschreiten Wilderer aus Somalia regelmäßig die Grenze nach Kenia, um im Tsavo- und weiter südlich im Amboseli-Nationalpark zu wildern. Inzwischen verfügen sie über Waffen und Organisationsstrukturen, die eine Verbindung zu somalischen Warlords und Al Shabaab nahelegen. Für den Transit werden Mittelsmänner in Eastleigh genutzt, einem von Somalis bewohnten Stadtteil Nairobis, in dem die Schattenwirtschaft boomt. Auch die in Uganda, der Demokratischen Republik Kongo, im Sudan und der Zentralafrikanischen Republik operierende Lord's Resistance Army finanziert sich über Elfenbeinhandel. Lokale Experten verfügen über umfangreiche Informationen zu den Verbindungen zwischen Wilderern, Rebellen und Terrororganisationen; ihre Expertise wird jedoch nur punktuell genutzt, aber nicht systematisch erfasst. Gelegentlich werden sie auch gezielt korrumpiert, um sie von der Weitergabe ihrer Informationen abzuhalten.

Die internationale Politik wird wach

Im letzten Jahr registrierte die internationale Politik das dramatische Schrumpfen der Wildtierbestände und wurde auf das Ausmaß aufmerksam, in dem Wilderei und organisiertes Verbrechen miteinander verknüpft sind. Die G8-Staaten beschlossen auf ihrem Gipfel im Juni 2013, illegalen Wildtierhandel und Handel mit bedrohten Arten entschiedener zu bekämpfen. Im September 2013 luden der deutsche Außenminister und der Staatspräsident von Gabun am Rande der VN-Generalversammlung zu einem Treffen ein. Bei diesem Anlass wurde die neue Qualität von Wilderei und illegalem Wildtierhandel als Bedrohung für Frieden und Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte bezeichnet. Außerdem diskutierten die Teilnehmer über Gegenmaßnahmen, die im VN-Rahmen getroffen werden könnten: Einrichtung einer Freundesgruppe, Verabschiedung einer Resolution der Generalversammlung, Ernennung eines Sonderbeauftragten des Generalsekretärs.

Der Gipfel zum Schutz des afrikanischen Elefanten in Gaborone und ein Treffen am Rande des Frankreich-Afrika-Gipfels in Paris im Dezember 2013 hielten die internationale Aufmerksamkeit auf einem hohen Niveau. Am 15. Januar 2014 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution, in der Ministerrat und Kommission der EU zu verschiedenen Maßnahmen aufgerufen werden: Sie sollten demnach einen Aktionsplan gegen Wilderei und illegalen Wildtierhandel verabschieden, eine spezialisierte Einheit zur Bekämpfung der Wilderei bei EUROPOL einrichten und eben diesen Kampf als Priorität in den entwicklungspolitischen Finanzierungsinstrumenten der EU verankern.

An der inzwischen gegründeten VN-Freundesgruppe beteiligen sich auch China und Thailand. Diese Gruppe kann im Verbund etwa mit der Ausrufung des neuen Welttierschutztags am 3. März 2014 die Aufmerksamkeit der VN für das Thema aufrechterhalten, mehr Abnehmerländer in den Prozess einbeziehen und China dauerhaft einbinden.

Ohne China kann der Kampf gegen Wilderei nicht gewonnen werden

Im Mai 2011 gab Julius Kipnetich, damals Direktor der kenianischen Wildschutzbehörde Kenya Wildlife Service (KWS), ein Interview. Darin erklärte er, dass die Wilderei in denjenigen Gebieten Kenias zugenommen habe, wo Infrastrukturprojekte chinesischer Firmen mit einer großen Zahl chinesischer Bauarbeiter durchgeführt werden. Er handelte sich damit empörte Reaktionen der chinesischen und der eigenen Regierung ein, denn er hatte getan, was man in Afrika nicht tut: Er hatte offene Kritik am Investor China geübt. Immerhin trug seine Äußerung dazu bei, dass das Blatt sich langsam wendete. China begann, sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen, es fördere den Elfenbeinschmuggel. Außerdem ging es dazu über, KWS beim Kampf gegen Wilderei zu unterstützen.

Am 28. Januar 2014 wurde ein chinesischer Staatsbürger mit 3,5 kg Elfenbein im Gepäck in Kenia verhaftet, der nun als Erster unter das 18 Tage zuvor in Kraft getretene neue kenianische Anti-Wilderei-Gesetz fällt. Ihn erwartet eine Geldstrafe von 230 000 US-Dollar oder lebenslange Haft. Wenn die Volksrepublik China dieses drastische Strafmaß für ihren Staatsangehörigen akzeptiert, das in China durchaus vergleichbar ausfällt, und sich nicht für eine bevorzugte Behandlung des Straftäters einsetzt, kann sie einen Präzedenzfall schaffen. International würde ihr dies genauso viel Anerkennung eintragen wie die öffentlichkeitswirksame Verbrennung eines Teils ihrer Elfenbeinbestände. Der chinesische Einfluss in Afrika könnte sich dann auch positiv auf den Kampf gegen Wilderei auswirken.

Ohne chinesische Unterstützung wird es zudem nicht gelingen, Aktionspläne in Abnehmerländern wie Thailand und Vietnam wirksam umzusetzen, die zum Verzicht auf die Nutzung von Elfenbein- und Nashornprodukten anhalten und die Bekämpfung krimineller Banden forcieren.

Wildereibekämpfung braucht einen langen Atem

Deutschland engagiert sich wie viele andere EU-Länder im Kampf gegen die Wilderei. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hat langjährige Erfahrungen mit Biodiversitätsprojekten. Seit den 1970er Jahren wird zum Beispiel vermittelt über die Frankfurter Zoologische Gesellschaft die systematische Anfertigung von Luftaufnahmen unterstützt, die als Überwachungs- und Planungsinstrument für Nationalparks in Tansania dienen. Auch Projekte für das Management von Naturschutzgebieten im südlichen Afrika gehören zum deutschen Portfolio. Im Kavango-Zambezi-Gebiet sollen mit deutscher Unterstützung 36 Reservate und Nationalparks in Angola, Sambia, Simbabwe, Namibia und Botsuana zu einem einheitlichen Schutzgebiet von 430 000 qkm zusammengefasst werden. Ziel ist dabei, den Lebensraum wandernder Herden besser zu schützen und der lokalen Bevölkerung durch Ökotourismus Einkommensquellen zu erschließen.

Innovativ ist der jüngste deutsche Ansatz einer sektor-, länder- und kontinentübergreifenden Bekämpfung von Wilderei und illegalem Wildtierhandel. Unter Einbeziehung verschiedener Ressorts, Politikfelder und Nichtregierungsorganisationen werden Projekte entlang der gesamten Handelskette entwickelt. Bei diesem Ansatz geht es vor allem darum, die Monitoringfähigkeiten in den Herkunftsländern zu verbessern, die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Zoll und Justizbehörden zu intensivieren, durch Pilotprojekte die Nachfrage in den Abnehmerländern zu dämpfen und die Kooperation zwischen Afrika und Asien zu fördern.

Angehörige krimineller Netzwerke können das Horn eines in Südafrika getöteten Nashorns binnen 48 Stunden zur Weiterverarbeitung nach Vietnam transportieren. Wenn dies so ist, müssen die betroffenen Staaten in die Lage versetzt werden, dieses Verbrechen mit derselben Effizienz zu verhindern oder aufzuklären und die Straftäter rigoros zu bestrafen.

Dazu müssten Ausstattung und Ausbildung von Wildhütern, Polizisten und Zollmitarbeitern verbessert werden. Nötig ist auch eine Gesetzgebung, die durch hohe Strafen abschreckt, und eine Justiz, die mit einem geeigneten Instrumentarium grenzüberschreitende Verbrechen zu ahnden vermag. Vor allem aber bedarf es konsequenter Korruptionsbekämpfung und der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit.

Die Wirkung noch so sinnvoller Projekte wird verpuffen, wenn die endemische Korruption nicht international – unter Einbindung Chinas – eingedämmt wird. Der Schlüssel zu erfolgreicher Wildereibekämpfung liegt nicht zuletzt darin, die lokale Bevölkerung in den Herkunftsländern einzubeziehen. Anrainer von Nationalparks werden nur dann zu Verbündeten der Wildhüter, wenn sie aufgrund von wirtschaftlichen Anreizen ökonomisch vom Tierschutz profitieren.

Dazu bedarf es einer Politik, die Landkonflikte vermeidet, den Bedürfnissen von Naturschutz und Agrarwirtschaft gleichermaßen Rechnung trägt, landintensiver Subsistenzwirtschaft entgegenwirkt und das Eindringen der Menschen in die Nationalparks auf der Suche nach Land verhindert. Nomaden trugen früher dazu bei, die Wildtierbestände zu erhalten. Heute sind sie sozial, politisch und wirtschaftlich marginalisiert. Landpolitik muss auch eine Antwort auf ihre Bedürfnisse finden. Seit langem beschäftigen sich deutsche und europäische EZ in Afrika mit Landwirtschaftsprojekten, Ernährungssicherung, guter Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung. Sie sollten Wildtierschutz und Wildereibekämpfung fest in diesen Handlungsfeldern verankern.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364